17/1/5 - Saar

1980

Weiter voran mit dem CDU-Programm für die achtziger Jahre

Weiter voran.

CDU

Für die Saar.

Saarland Programm
CDU-Saar

Gliederung:

1. Einführung 1
2. Unser Staat — lebendige Demokratie 2
3. Vielfalt der Informationen — Grundlage für unsere Demokratie 6
4. Sichere Arbeitsplätze in einer modernen Wirtschaft 6
5. Schutz und Pflege der Umwelt verbessern die Lebensqualität 13
6. Intakte Familien — Lebenszellen unserer Gemeinschaft 16
7. Offensive für die Frau 17
8. Unabhängigkeit und Hilfe im Alter 18
9. Soziale Gerechtigkeit — ein Gebot der Nächstenliebe 18
10. Unserer Jugend gehört die Zukunft 21
11. Entfaltung der Persönlichkeit — Bildung, Kunst, Kultur 23
12. Saarland — weltoffenes Land im Herzen Europas 27
13. Wir können mit Vertrauen in die Zukunft sehen 27

Einführung

Die Zukunft des Saarlandes als Wirtschaftsregion im Herzen Westeuropas ist verknüpft mit der internationalen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung und den daraus erwachsenden Problemen. Sie stellen für die hochindustrialisierten Staaten der freien Welt eine geschichtliche Herausforderung dar.

Die Überbevölkerung gerade in den ärmsten Ländern der Erde geht einher mit einer kaum vorstellbaren Verelendung von vielen Hundertmillionen Menschen. Die sich laufend vergrößernde Kluft zwischen Nord und Süd, zwischen den reichen Industrienationen und den armen Entwicklungsländern der dritten und der vierten Welt drohen die Erde in die größte Krise ihrer Geschichte zu stürzen.

Zum Abbau des in der Welt vorhandenen Wohlstandsgefälles ist eine künftig wachsende Ausgleichsbelastung der wohlhabenden zugunsten der armen Länder moralisch und politisch unausweichlich. Die Verteuerung und Verknappung von Rohstoffen und die zunehmende Konkurrenz durch Drittländer im Bereich industrieller Massengüter sind deutliche Zeichen dieser Entwicklung, die unsere Wirtschaftsstruktur verändert und an die gesellschaftliche Solidarität in der Bundesrepublik Deutschland hohe Anforderungen stellt.

Neben diesen durch weltweite Vorgänge bedingten Problemen bedeutet auch die Hinwendung vom rein quantitativen zum qualitativen, dem Schutz der Umwelt und der Schaffung besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen verpflichteten Wirtschaftswachstum eine Herausforderung für Wirtschaft, Gesellschaft und Staat der Bundesrepublik Deutschland.

Selbstverständlich wird auch das Saarland als Industrieland dem Druck dieser Entwicklung ausgesetzt sein. Dies ist eine Bewährungsprobe und zugleich eine historische Chance für die politisch Verantwortlichen und die Gemeinschaft aller Bürger in unserem Saarland. Zur Bewältigung unserer Probleme bedarf es klarer zielgerichteter Antworten durch die politisch Verantwortlichen.

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

Die CDU Saar wird sich, wie bereits in den vergangenen 25 Jahren erfolgreicher Regierungsarbeit, diesen Herausforderungen stellen und Lösungen anbieten, die nicht von sozialistischer Ideologie, sondern von freiheitlicher Politik geprägt sind. Für uns sind die Freiheit des einzelnen, die Gerechtigkeit gegenüber allen, die Solidarität mit den Schwachen und Benachteiligten oberste Grundsätze unserer von christlicher Überzeugung getragenen Politik. Mit diesen festen Prinzipien und mit der Bereitschaft, Verantwortung zum Wohle der Gemeinschaft zu tragen, bietet die CDU-Saar die Voraussetzungen für eine gesicherte und gute Zukunft unseres Landes
Diese Grundwerte haben nichts an Anziehungskraft für die Menschen in unserem Lande, wie überall in der Welt, wo Menschen frei und sicher leben wollen, eingebüßt. Ihre Umsetzung hat uns die politische Führung in unserem Land gesichert. Auch in Zukunft wird die CDU-Saar unter der Führung von Ministerpräsident Werner Zeyer auf dieser Grundlage alle Kraft zum Wohle der Bürger unseres Landes einsetzen.
Dieses Wahlprogramm baut auf den bisherigen programmatischen Aussagen der CDU auf Bundes- und Landesebene auf.

Ziele der CDU-Politik für die Saar

Ziel unserer Politik in der Regierungsverantwortung wird es sein,

- dem Menschen, insbesondere im Verhältnis zwischen Bürger und Staat, einen höheren Rang einzuräumen,
- jedem den Zugang zu einem seiner Fähigkeit und seiner Eignung gemäßen Arbeitsplatz zu ermöglichen,
- die natürliche Umwelt als Grundvoraussetzung menschlicher Zukunft zu erhalten,
- durch geistige und fachliche Bildung zur Selbstentfaltung des einzelnen beizutragen,
- die Stellung der Familie als tragende Lebenseinheit des Staates zu stärken,
- der Jugend Vertrauen und Mut für die Zukunft zu geben,
- den älteren Menschen einen geachteten und wichtigen Platz in unserer Gemeinschaft zu sichern und
- die Hilfsbedürftigen zu schützen.

Unser Staat — lebendige Demokratie

Der Staat — wir alle

Das Grundgesetz bestimmt die Demokratie als Grundordnung unseres Staates. Alle Bürger sind demnach Träger staatlicher Autorität. Die CDU-Saar setzt sich dafür ein, daß diese hohe Würde den Bürgern als Anspruch und Aufgabe bewußt gemacht wird und im Handeln der staatlichen Organe glaubhaft in Erscheinung tritt.

Die Teilhabe der Bevölkerung am staatlichen Leben darf sich nicht auf die Teilnahme an Wahlen beschränken. Lebendige, kraftvolle Demokratie erfordert die ständige Identifizierung der Menschen mit ihrem Staat und die Bereitschaft, ihn mitzutragen.
Unsere freiheitliche demokratische Staatsordnung wird nach wie vor getragen von der breiten Zustimmung der Bevölkerung. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß das Verhältnis zwischen Bürger und Staat zunehmend Belastungen ausgesetzt ist. Immer häufiger begegnet der Bürger staatlichem Handeln mit Vorbehalten, gelegentlich auch mit Unverständnis und Ablehnung. Weithin besteht Unbehagen gegenüber der zunehmenden Bürokratisierung.

Dialog mit den Bürgern

Um dem entgegenzuwirken, wird die CDU-Saar verstärkt den Dialog mit dem Bürger suchen und staatliches Handeln danach ausrichten.
Nicht der verwaltete und nicht der sozialisierte Mensch, sondern der freie, mündige Bürger in einer humanen Gesellschaft ist unser politisches Leitbild.
Es ist erforderlich, Gesetze und Verordnungen verständlich und klar zu fassen und ihre Zahl herabzusetzen, um die verschiedenen Rechtsbereiche überschaubarer und die Verfahren einfacher zu machen. Die öffentliche Verwaltung muß bürgernah sein. Die Anonymität staatlichen Handelns soll abgebaut werden.

Geborgenheit in der Gemeinde

Die CDU-Saar wird deshalb darauf dringen, daß die Verwaltungsreform fortgesetzt wird. Verwaltungszuständigkeiten müssen so nah wie möglich beim Bürger angesiedelt werden. Die Ministerien dürfen keine Verwaltungsaufgaben wahrnehmen, die besser und billiger vor Ort erledigt werden können. Wir werden daher mit Nachdruck dafür eintreten, daß der Bürger möglichst viele Angelegenheiten bereits bei seiner Gemeinde erledigen kann.
In diesem Zusammenhang haben wir bereits mit der Änderung des Kommunalen Selbstverwaltungsgesetzes (KSVG) vom 12. Juli 1978 die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß auch Ortsvorsteher und Ortsratsmitglieder stärker als bisher Sachwalter und Ansprechpartner der Bürger sein können.
Im Hinblick auf die schwer überschaubaren behördlichen Zuständigkeiten drängen wir darauf, daß die Gemeinden Anlaufstellen für ratsuchende Bürger einrichten.
Ziel unserer Politik ist es, dem Menschen in der Gemeinschaft seiner Gemeinde Geborgenheit zu geben.

Bürgerbeteiligung

Die Mitwirkung der Bürger an der politischen Willensbildung, besonders in den Gemeinden, muß verstärkt werden.
Rechtzeitige Bürgerinformation und Bürgerversammlungen der Gemeinden zu wichtigen kommunalen Angelegenheiten sollen den Bürgern ermöglichen, das Gemeindeleben mitzugestalten.
Mit der Novelle zum Kommunalselbstverwaltungsgesetz vom 12. Juli 1978 ist die Beteiligung der Bürger an der Selbstverwaltung in Gemeindebezirken und Stadtbezirken weiter ausgebaut worden. Die CDU-Saar strebt an, das Element der Persönlichkeitswahl bei Kommunalwahlen zu stärken, um die Möglichkeiten der Mitwirkung unserer Bürger bei der Zusammensetzung von Stadt- und Gemeinderäten zu verbessern. Wir

werden die Kraft und das Engagement, das in vielen Bürgerinitiativen sichtbar wird, in unsere Politik einbeziehen.

Gesicherte Finanzausstattung

Der kommunale Finanzausgleich hat den saarländischen Gemeinden den beispielhaften Ausbau ihrer Infrastruktur ermöglicht. Wir werden dafür sorgen, daß den Gemeinden eine ihren Aufgaben gemäße Finanzausstattung gesichert bleibt.

Vorrang des privaten Engagements

Die CDU fördert die eigene Initiative unserer Bürger bei der Gestaltung des Gemeinschaftslebens. Sie setzt sich dafür ein, daß privates Engagement in örtlichen Vereinen, in kulturellen, sportlichen und sozialen Organisationen sich entfalten kann. Soweit freie Träger öffentliche Aufgaben zu übernehmen bereit und in der Lage sind, gebührt ihnen der Vorrang vor staatlichen Organisationsformen. Der zunehmenden Verstaatlichung kann so wirkungsvoll begegnet werden.
Die CDU als Volkspartei sucht das partnerschaftliche Gespräch mit allen Bürgern und gesellschaftlichen Kräften.
Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen stehen in erster Verantwortung für sozialen Frieden und sozialen Fortschritt.
Das Verhältnis der CDU-Saar zu diesen Vereinigungen und Verbänden ist von der Bereitschaft zu sachlicher Zusammenarbeit gekennzeichnet.
Die partnerschaftliche und freundschaftliche Zusammenarbeit mit den Kirchen werden wir weiterführen.

Sicherung der rechtsstaatlichen Ordnung

Unsere Verfassung verpflichtet den Staat, die rechtsstaatliche Ordnung zu sichern. Die Bevölkerung in unserem Lande kann darauf vertrauen, daß die CDU Freiheit und Gerechtigkeit als Grundpfeiler dieser Ordnung bewahren und stärken wird. Wir werden die Autorität des Staates gewährleisten und denjenigen entgegentreten, die unsere Freiheit gefährden, indem sie sie mißbrauchen.
Verfassungsfeinde jeder Art gehören nicht in den öffentlichen Dienst. Wer den freiheitlichen Rechtsstaat bekämpft, kann nicht zugleich ihm dienen.
Die Polizei wird sich beim Schutz der demokratischen Ordnung auf die solidarische Unterstützung der verantwortlichen CDU-Politiker verlassen können.
Tendenzen zur Zerstörung der Vertrauensgrundlade für Polizei und Verfassungsschutz lehnen wir entschieden ab.
Zum Schutze unserer Bürger ist die Polizei im Saarland in den letzten Jahren ständig verstärkt und ihre technische Ausrüstung verbessert worden.
Dadurch ist ein hohes Maß an Sicherheit für die Bürger in unserem Land gewährleistet.
Die CDU wird weiterhin zielstrebig darauf hinarbeiten, daß die Polizei in ihrer Organisationsstruktur, Personalausstattung, Ausrüstung und Ausbildung darauf eingestellt ist, der Herausforderung des Rechtsstaates zu begegnen.

Rechtspflege für den Bürger

Die Rechtspflege ist eine Stütze des freiheitlichen Rechtsstaates. Ihr Wächteramt allen Formen der Staatsgewalt gegenüber und ihre friedensstiftende Aufgabeim Dienst der Gerechtigkeit vermag sie nur in voller Unabhängigkeit auszuüben. Die CDU-Saar sieht es daher als eine ihrer wichtigsten Pflichten an, für unabhängige, nur dem Gesetz

verpflichtete Richter zu sorgen. Aber auch in einer objektiven, der Rechtsgewährung dienenden Staatsanwaltschaft, in freien und unabhängigen Rechtsanwälten und Notaren sehen wir unerläßliche Organe der Rechtspflege. Der Verfassungsauftrag, den sozialen Rechtsstaat zu gewährleisten, bedeutet uns Verpflichtung auch im Bereich der Rechtspflege. Der Kern des rechtspolitischen Programms der CDU-Saar lautet daher: Rechtspflege für den Bürger und mit dem Bürger.
Das saarländische Modell der Rechtsberatung für Bürger mit geringem Einkommen hat sich ebenso bewährt wie die Schaffung eines Sozialdienstes der Justiz. Die CDU wird diese positiven Ansätze weiterentwickeln und so die sozialen Bezüge des Rechts sichtbar machen.
Die Personal- und Sachausstattung der Justiz muß eine wirksame Durchsetzung des Rechts ermöglichen. Gerichtliche Verfahren müssen schnell zum Abschluß kommen.
Der Strafvollzug soll den Gefangenen dazu befähigen, ein Leben frei von Straftaten zu führen. Die Resozialisierung von Strafgefangenen ist zugleich ein wesentlicher Beitrag zum Abbau der Kriminalität.
Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß die in der Jugendstrafanstalt Ottweiler vorhandene Überbelegung durch Errichtung eines weiteren Zellentrakts abgebaut wird. Innerhalb des Strafvollzugs ist auf eine stärkere Differenzierung zu achten. Durch bauliche Maßnahmen ist die Möglichkeit des Gruppenvollzugs zu eröffnen.
Wir fördern die ehrenamtliche Mitwirkung beim Ausbau des Sozialdienstes und in der Tätigkeit der Schöffen und Schiedsmänner.

Gesundung der öffentlichen Finanzen

Die Gesundung der öffentlichen Finanzen erfordert sowohl eine Mäßigung im Anstieg der staatlichen Ausgaben, als auch Steuerzuwachs aufgrund des realen Wachstums der Wirtschaftskraft. Dies setzt eine Wirtschafts- und Finanzpolitik voraus, die die Grundlagen für ein qualitatives Wirtschaftswachstum verbessert und Investitionen erleichtert.

Abbau leistungsfähiger Belastungen

Die Abgabenbelastung ist für das Verhältnis zwischen dem Bürger und seinem Staat von wesentlicher Bedeutung. Überhöhte Steuern beeinträchtigen die Leistungsbereitschaft des einzelnen und mindern das Vertrauen in die Gerechtigkeit staatlichen Handelns.
Die CDU-Saar wird sich daher für den Abbau leistungsfeindlicher und investitionshemmender Abgabenbelastungen einsetzen. Vor allem muß verhindert werden, daß auch die Bürger mit kleinen und mittleren Einkommen bei allen Einkommenszuwächsen einer scharfen progressiven Besteuerung unterworfen werden. Insbesondere dürfen rein nominale Einkommenszuwächse, die sich aus inflationären Entwicklungen ergeben, nicht zu einer überhöhten Steuerbelastung führen. Deshalb wird sich die CDU dafür einsetzen, daß der Einkommensteuertarif sowie die steuerlichen Frei- und Höchstbeträge von Zeit zu Zeit der Geldentwicklung angepaßt werden, um heimliche, inflationsbedingte Steuererhöhungen mit ihren negativen Wirkungen auf die Leistungsbereitschaft der Bürger zu vermeiden.
Darüber hinaus wird es Aufgabe der Steuerpolitik der kommenden Jahre sein, die ertragsunabhängige Steuerlast nach Möglichkeit weiter einzuschränken.

Bessere Überschaubarkeit

Das Steuerrecht muß auch im Interesse größerer Steuergerechtigkeit überschaubarer werden. Die CDU-Saar mißt daher dem Ziel der Steuervereinfachung große Bedeutung bei.

Vielfalt der Informationen — Grundlage für unsere Demokratie

Höchstmaß an Meinungsfreiheit gewährleisten

Die CDU-Saar widmet der Entwicklung im Bereich der Medien, insbesondere auf dem Gebiet der neuen Medien große Aufmerksamkeit.
Ihre Bemühungen sind darauf gerichtet, dem Gebot der Meinungsfreiheit ein Höchstmaß an Geltung zu verschaffen, die Voraussetzungen für die Meinungsvielfalt zu erhalten und zu verbessern, also sicherzustellen, daß die Vielfalt der Medien und der technische Fortschritt auch unserer Region zugute kommen.
Einen unentbehrlichen Garanten der Meinungsvielfalt sieht die CDU im Saarländischen Rundfunk. Zu keinem Zeitpunkt hat sie einen Zweifel daran gelassen, daß bei all ihren medienpolitischen Erwägungen die Existenz unserer Landesrundfunkanstalt eine Vorrangstellung einnimmt. Die CDU weiß um die Bedeutung des Saarländischen Rundfunks im geistigen und kulturellen Leben unseres Landes, aber auch um seinen Beitrag als Wegbereiter der deutsch-französischen Freundschaft und eines gutnachbarlichen Verhältnisses zu Luxemburg.
Die Frage, in welchem Umfang und mit welcher Maßgabe der Zugang zu den neuen Medien geöffnet werden soll, ist noch nicht abschließend geklärt. Die verfassungsrechtliche Garantie der Institution der freien Presse verlangt aber, daß dieser die neuen Kommunikationsformen jedenfalls insoweit nicht vorenthalten bleiben, als es zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Grundlagen und damit zur Erhaltung der Meinungsvielfalt erforderlich ist.
Politik, nicht zuletzt Medienpolitik, kann ohne Blick über die Grenzen nicht auskommen. Die Ergebnisse internationaler Konferenzen, die Entwicklung in benachbarten Ländern werden kaum ohne Auswirkungen auf unsere Medienlandschaft bleiben.
Als Beispiel für künftige Entwicklungen im Rundfunkbereich kann unter anderem auf das britische System verwiesen werden, das eine positive Ergänzung von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk mit öffentlicher Überwachung erfolgreich praktiziert.

Sichere Arbeitsplätze in einer modernen Wirtschaft

Mit Hilfe der Sozialen Marktwirtschaft ist es der CDU gelungen, die großen Probleme der Nachkriegszeit erfolgreich zu lösen und Wohlstand, soziale Sicherheit und persönliche Freiheit zu schaffen. Wir haben damit die Grundlage für eine freiheitliche Ordnung entwickelt, die dem einzelnen Bürger die besten Entfaltungsmöglichkeiten nach Begabung, Leistung und persönlichen Bedürfnissen bietet.
Wir lehnen Verstaatlichung und bürokratische Gängelung der Menschen und der Wirtschaft entschieden ab. Deshalb sind wir gegen sozialistische Pläne, die unter dem Deckmantel von Formeln wie »Investitionsmeldestellen und -kontrollen«, »Strukturräte«, »Investitionslenkung« in Wirklichkeit die Herrschaft der Funktionäre, die fortschreitende Bürokratisierung der Wirtschaft und zunehmende Verplanung der Bürger anstreben.

Wir sind für Mitbestimmung und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer. Sie sind Ausdruck christlich-sozialen Gedankenguts und eine Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft.
Wir wollen ein Unternehmensrecht auf der Grundlage der Hamburger Parteitagsbeschlüsse des Jahres 1973.

Fortschritt im Dienst der Menschen

Wir betreiben eine Wirtschaftspolitik, welche die Fähigkeit der Wirtschaft stärkt, sich neuen Entwicklungen anzupassen und sie sozial erträglich zu gestalten. Unser Land wird die Zukunftsaufgaben in Freiheit nur mit einer Politik der Sozialen Marktwirtschaft bewältigen können.
Die Orientierung am Marktgeschehen und den Wünschen der Verbraucher gibt am ehesten die Gewähr, daß die Wirtschaft den ständigen Wandel bewältigt und der technische und wirtschaftliche Fortschritt dem Menschen nutzbar gemacht wird.
Wir sind für freie Gewerkschaften und freie unternehmerische Tätigkeit.
Die Tarifautonomie in unserem Land hat sich bewährt. Wir werden weiterhin für ihre Funktionsfähigkeit eintreten. Unabhängige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände erfüllen die ihnen als Tarifpartner übertragene Verantwortung gegenüber Staat und Gesellschaft.
Sie müssen dabei ihre Mitverantwortung für Vollbeschäftigung, Wachstum und Geldwertstabilität anerkennen und am Allgemeinwohl ausrichten.
Produktivitätssteigerung, technischer Fortschritt und betriebliche Rationalisierung sind notwendig. Inhumane Folgen dieser Entwicklung müssen aber verhindert werden.

Politik für eine humane Arbeitswelt

Zur Humanisierung der Arbeitswelt hält die CDU Saar insbesondere folgendes für erforderlich:

- Mitbestimmung, die der Verantwortung am Arbeitsplatz Rechnung trägt.
- Intensivierung der Arbeitsmedizin und stärkere Kontrolle der Arbeitsplatzgestaltung in den Betrieben.
- Flexiblere Arbeitszeitregelungen und Urlaubsverlängerungen für ältere Arbeitnehmer.
- Maßnahmen gegen die Schichtarbeit. Im Saarland gibt es 65.000 Schichtarbeiter. Nacht- und Schichtarbeit widersprechen dem natürlichen Lebensrhythmus des Menschen und führen damit zwangsläufig zu einem hohen Verschleiß der Leistungsreserven und der Gesundheit. Die Schichtarbeit ist nach Auffassung der CDU-Saar auf ein Mindestmaß zu beschränken.
- Daneben befürwortet die CDU Saar eine bundeseinheitliche Regelung zur Einführung eines Bildungsurlaubs für alle Arbeitnehmer.

Veränderungen in der Welt: Neue Aufgabenstellung

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren

entscheidend verändert. Noch bis Anfang der 70er Jahre konnte unsere Wirtschaft von Investitionen anderer Länder, insbesondere der USA, profitieren. Das industrielle Erwachen der Dritten Welt, die Veränderungen im Weltwährungssystem und die Ölpreisentwicklung haben die Investitionsströme in eine andere Richtung fließen lassen. Deutsche Unternehmen investieren immer mehr im Ausland. Die Binnenverlagerungen, die bislang den Ansiedlungsprozeß in unserem Land hauptsächlich speisten, werden in zunehmendem Maße durch Außenverlagerungen abgelöst.

Ziele der CDU — Wirtschaftspolitik

Der saarländischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik erwachsen darauf neue Aufgaben. Die CDU-Saar und die von ihr geführte Landesregierung haben dies rechtzeitig erkannt und die notwendigen Maßnahmen eingeleitet:

- Wir werden einen leistungsfähigen Bergbau an der Saar sichern und die Kohlechancen der 80er Jahre nutzen.
- Wir werden die saarländische Eisen- und Stahlindustrie auf dem eingeschlagenen Weg zur vollen Gesundung führen.
- Wir werden uns für die Entwicklung neuer Technologien der Energieversorgung ebenso einsetzen wie für die Nutzung reproduzierbarer Rohstoffe aus Land- und Forstwirtschaft für die Energiegewinnung sowie die sinnvolle Wiederverwendung von Rest- und Abfallstoffen.
- Wir werden die eigenen Wachstumskräfte unserer Wirtschaft stärken und so besonders dem saarländischen Mittelstand noch größere Entfaltungsmöglichkeiten bieten.
- Wir werden die Verkehrsverbindungen unseres Landes über seine Grenzen hinaus zielstrebig vollenden.

Saarkohle und neue Technologien: Chance für die 80er Jahre

Durch die traditionell gute Zusammenarbeit zwischen Landesregierung, Gewerkschaften und Unternehmen ist es an der Saar gelungen, die Kohlenkrise der 60er Jahre unter weitgehender Vermeidung sozialer Härten zu meistern.
Obwohl damals 40.000 Arbeitsplätze im Bergbau verloren gingen, haben wir die Probleme gelöst, ohne daß schwarze Fahnen über den Betrieben wehten. Wir haben die Bergwerke modernisiert, neue Arbeitsplätze geschaffen und mit Sozialplänen den sozialen Frieden gesichert.
Dem Steinkohlenbergbau wird für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes auch zukünftig eine hohe Bedeutung zukommen. Die CDU fordert die Landesregierung auf, dafür zu sorgen, daß der Absatz von Saarkohle mit den in den Energieprogrammen des Bundes und des Landes genannten Fördermengen gewährleistet bleibt.
Wir begrüßen den Bau eines 750 MW-Steinkohlekraftwerkes bis 1982 in Bexbach, die Pläne der VSE, das Kraftwerk Ensdorf um einen 700 MW-Steinkohlenblock und das Kraftwerk Fenne um einen Modell-Kraftwerksblock von ca. 220 MW Leistung zu erweitern.
Durch jeden Kraftwerksblock der 700 MW-Klasse werden rund 1.100 Arbeitnehmer im Saarbergbau beschäftigt und eine darüber hinausgehende Zahl von

Arbeitsplätzen gesichert.
Neben dem Kohleabsatz für Verstromungszwecke ist die Abnahme von Kokskohle durch die Saarhütten wichtige Voraussetzung für einen hohen Beschäftigungsstand im Saarbergbau. Die hier bestehenden Liefer- und Abnahmebeziehungen müssen erhalten bleiben.
Steigender Energiebedarf und die Verknappung des Öls machen es erforderlich, daß alle vorhandenen Energieträger rationell und sparsam eingesetzt werden. Unserer Kohle erwächst aus dieser Entwicklung in Zukunft eine neue Chance; aber nur, wenn wir konsequent den Weg moderner Kohleveredlung gehen.
Wir werden uns daher für den Bau einer Kohleverflüssigungs- und einer Kohlevergasungsanlage einsetzen, in denen heimische Steinkohle verarbeitet werden kann.
Wir halten es für unumgänglich, daß sich die Bundesregierung bei diesem gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Zukunftsprojekt finanziell beteiligt. Wir begrüßen die Aktivitäten der Saarbergwerke AG, die auf dem Gebiet der Kohleveredelung, der Kokereitechnik und anderer Energie- und Umwelttechniken hervorragende Entwicklungsarbeit geleistet haben.

Sichere und preiswerte Energie: Lebenswichtig für unser Land

Die Kohle trägt wesentlich zur Sicherung der Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland bei.
Sie ist zusammen mit Kernenergie und Erdgas bis zum Ende dieses Jahrhunderts eine Alternative für Erdöl.
Im Saarland besteht für den Bau eines Kernkraftwerks zur Elektrizitätserzeugung kein Bedarf. Wir sind mit der Landesregierung jedoch der Auffassung, daß im Interesse langfristiger Sicherung der Arbeitsplätze und der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land die Entscheidung über den Einsatz eines Hochtemperatur-Reaktors zum Zweck der Kohleveredlung offenzuhalten ist.
Andere Energiequellen, wie beispielsweise die Solarenergie, werden in größerem Umfang erst nach dem Jahr 2000 zur Verfügung stehen. Wir treten dafür ein, daß die Erforschung und Entwicklung solcher Energiequellen verstärkt gefördert und intensiver vorangetrieben werden. Hier sind nicht zuletzt die Bundesregierung und die Europäische Gemeinschaft gefordert.
Die Energiepolitik des Saarlandes wandelt sich unter diesen Rahmenbedingungen von einer Politik zur Sicherung der Beschäftigung im saarländischen Steinkohlebergbau hin zu einer Politik der Energiesicherung für Bevölkerung und Wirtschaft; denn die Verfügbarkeit von genügend ausreichender, sicherer und preiswerter Energie wird mehr als in der Vergangenheit in Zukunft die Entwicklungschancen dieser Region bestimmen. Die Verfügbarkeit von Energie wird zunehmend zu einem Basisfaktor des Standortes Saarland werden.
Damit das Saarland in der Anwendung neuer Energietechniken mit anderen Ländern Schritt halten kann, unterstützen wir die Landesregierung in ihrer Politik, sichere Standorte auch für neue energietechnische Anlagen zur Verfügung zu stellen.
Nur so wird es gelingen können, daß das Saarland ein sicheres Energieland bleibt.
Aber auch nur so wird es möglich sein, daß das Saarland technologisches Wissen bei der Anwendung neuer Energietechnologien exportieren kann. Beides wird die

Zukunftsschancen dieser Region für Bevölkerung und Wirtschaft entscheidend bestimmen.
Neue Technologien im Energiebereich eröffnen darüber hinaus auch neue Chancen für die mittelständische Wirtschaft an der Saar, insbesondere im Anlagenbau, im Zulieferer- und Dienstleistungsbereich. Dies wird die Wirtschaftsstruktur unseres Landes weiter auflockern.

Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie

Neben dem Steinkohlebergbau wird die Eisen- und Stahlindustrie auch in Zukunft ein tragender Pfeiler der saarländischen Wirtschaft und des saarländischen Arbeitsmarktes sein. Die Neuordnung dieses Industriezweigs macht gute Fortschritte.
Die konsequent marktwirtschaftliche Politik der CDU-Saar trägt auch hier sichtbare Früchte. Die Saarhütten gewinnen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zurück, beispielhafte Sozialpläne garantieren, daß sich der Neuordnungsprozeß sozial vertretbar vollzieht, ein gemeinsames Sonderprogramm von Bund und Land wird 18.000 neue Ersatzarbeitsplätze schaffen. Unausgegorene Staatsbeteiligungspläne müßten diesen Neuordnungsprozeß auf das äußerste gefährden.
Noch fehlen an der Saar die gemeinsame Flüssigphase und die Gemeinschaftskokerei. Wir drängen darauf, daß diese Schlußsteine der Neuordnung unserer Stahlindustrie bald gesetzt werden und zwar so, daß ihre technische Ausstattung und ihr Standort die Wettbewerbsfähigkeit unserer Hütten langfristig garantieren.
Ein Blick nach Lothringen zeigt, wie erfolgreich unsere Politik des marktwirtschaftlichen Ansatzes ist. Schon heute gilt das Modell Saar im ganzen EG-Bereich als Musterbeispiel erfolgreicher Strukturpolitik.

Der Mittelstand — eine der tragenden Säulen der saarländischen Wirtschaft

Die Wirtschaftspolitik der CDU-geführten Landesregierung hat das Saarland aus einem einseitig ausgerichteten Montanrevier zu einem modernen Bundesland mit vielseitiger Wirtschaftsstruktur gemacht. Der Anteil der Beschäftigten außerhalb der Montanindustrie hat sich von 1960 bis 1978 von 44 % auf 65 % erhöht.
Die CDU wird dafür sorgen, daß mit Hilfe einer wohldurchdachten Wirtschaftspolitik die Umstrukturierung der saarländischen Wirtschaft weiter vorangetrieben wird. Wir setzen hierbei auf die Anpassungsfähigkeit und Innovationskraft gerade unserer mittelständischen Wirtschaft, die sie in besonderem Maße befähigt, den Anforderungen des ständig notwendigen Strukturwandelns gerecht zu werden. Wir treten deshalb dafür ein, das unternehmerische Potential an der Saar voll auszunutzen und alle eigenen Wachstumskräfte dieses Landes zu mobilisieren.
Daher gilt es, die Erfolgschancen bestehender mittelständischer Unternehmen durch gezielte Förderung zu erhöhen und möglichst vielen Menschen in unserem Land Chance und Anreiz für den Aufbau einer eigenen selbständigen Existenz zu geben.

Wagnis und Verantwortung

Unternehmerische Selbständigkeit ist Voraussetzung der sozialen Marktwirtschaft. Entscheidungsfreiheit und Entscheidungsfreue, Risiko und Risikolohn, Wagnis und Verantwortung sind hier so unmittelbar möglich, wie in kaum einem anderen Bereich.
Die Bemühungen zur Umstrukturierung der saarländischen Wirtschaft durch Neuansiedlungen, Unternehmenserweiterungen und Gründung neuer mittelständischer Existenzen müssen fortgesetzt werden. Dafür ist es erforderlich,

einheitliche Förderpräferenzen für den gesamten Umstellungsraum Saarland anbieten zu können. Deshalb unterstützt die CDU Saar alle Bemühungen, das ganze Land in den Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« als ein Förderungsschwerpunkt B (dort werden Investitionen mit 20 % gefördert) einzubeziehen.
Kleine und mittlere Unternehmen leisten einen besonderen Beitrag beim Aufspüren von Marktlücken und beim Entwickeln praxisbezogener Neuerungen. Ihre Innovation besteht vor allem in der Umsetzung technischen Wissens in wirtschaftliche Leistung. Die Ausstattung mit Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen ist außerhalb des Hochschulbereichs in unserem Land unzureichend. Um diese Lücke zu schließen, sollte im Saarland eine Projektträgergesellschaft für mittlere Technologien geschaffen werden. Der Bundesforschungsminister wird aufgefordert, hierfür entsprechende Unterstützung zu gewähren.

Chancengleichheit für freie Berufe

Freie Berufe sind ein unabhängiger Ratgeber des Bürgers. Ihre persönliche Dienstbereitschaft gewährleistet entscheidend das Wohlergehen des Menschen. Die frei wählbare Inanspruchnahme eigenverantwortlicher Freiberufler ist unverzichtbarer Bestandteil der persönlichen Freiheit. Im Saarland ist die Förderung auch der freien Berufe durch das Mittelstandsförderungsgesetz abgesichert. Aber noch sind für die freien Berufe Nachteile festzustellen, besonders steuerlicher Art. Im Interesse der Chancengleichheit wird die CDU Saar dafür eintreten, daß diese Mängel abgebaut werden.

Grenzen sollen fallen

Die Grenzlage unseres Landes ist ein Nachteil. Noch immer zerschneiden Zollgrenzen einen natürlichen Wirtschaftsraum und hemmen den Austausch von Waren und Dienstleistungen. Die CDU-Saar kämpft für den Wegfall dieser Barrieren, damit sich im Zuge der fortschreitenden Einigung Europas die Entwicklungschancen unserer Wirtschaft im Saar-Lor-Lux-Raum stärker entfalten können.

Der Fremdenverkehr im Saarland — ein Wirtschaftszweig holt auf

Mit gezielter Unterstützung der von der CDU-geführten Landesregierung wurde im Saarland der Ausbau großzügiger Anlagen für Naherholung und Fremdenverkehr vorangetrieben. Wir wollen das Angebot an Fremdenverkehrseinrichtungen weiter verbessern und den vielfältigen Ansprüchen der Gäste anpassen. Übergeordnete Ziele unserer Fremdenverkehrspolitik als Teil der regionalen Strukturpolitik und der Mittelstandspolitik bleiben die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze und Betriebe im Fremdenverkehr. Wir wollen die Leistungsfähigkeit der kleinen und mittleren Fremdenverkehrsbetriebe stärken. Darüber hinaus sollte die Fremdenverkehrsförderung für saarländische Gemeinden im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben ausgebaut werden.

Die Landwirtschaft — sichere Grundlage für die Ernährung unserer Bevölkerung

Die CDU Saar wird weiterhin für eine leistungs- und entwicklungsfähige Landwirtschaft eintreten. Ziel unserer Politik ist es, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen der Landwirtschaft als Teil eines selbständigen und

von staatlichem Einfluß möglichst unabhängigen Mittelstandes zu sichern.
Die Flurbereinigung und deren Begleitmaßnahmen sowie die einzelbetriebliche Investitionsförderung haben sich dieser Aufgabe in verstärktem Maß zuzuwenden und anzupassen.
Wir wollen die Agrarstrukturpolitik noch stärker als bisher auf die strukturellen Belange des ländlichen Raumes insgesamt ausrichten. Dabei sollen die ländlichen Gemeinden ihren eigenständigen dörflichen Charakter wahren.
In Übereinstimmung mit der Landesregierung werden wir dafür eintreten, daß die derzeitige Förderung der Dorferneuerung über das Zukunftsinvestitionsprogramm hinaus zu einer ständigen Einrichtung der Gemeinschaftsaufgabe »Agrarstrukturverbesserung« ausgebaut wird.

Leistungsfähige Verkehrswege an der Saar zum Nutzen von Bevölkerung und Wirtschaft

Entscheidende Voraussetzung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ist die Anbindung an die wirtschaftlichen Zentren unserer Nachbarregionen. Ebenso wichtig ist es, den Ausbaustand innersaarländischer Verkehrswege zu verbessern. Nur über leistungsfähige Verkehrswege kann sich die zentrale Lage des Saarlandes in Europa zum Nutzen der saarländischen Bevölkerung auswirken. Dabei müssen verstärkt die Belange des Umweltschutzes beachtet und Eingriffe in die Landschaft so schonend wie möglich vorgenommen werden.
Die CDU-Saar wird darauf drängen, daß das Fernstraßennetz innerhalb des Saarlandes sowie die Fernverbindungen über die Landesgrenzen hinaus planmäßig weiter ausgebaut werden. Dabei geht es um folgende Verkehrsabschnitte:

- das Verbindungsstück Hermeskeil-Schweich,
- die Strecke von Mehren nach Tondorf,
- die A 8 zwischen Zweibrücken und Karlsruhe,
- die Straßenverbindung von Saarbrücken über Saargemünd zur Autobahn nach Straßburg,
- eine Verbindungsstraße von Saarlouis nach St. Avold und zur Autobahn nach Paris.

Einschränkungen des Schienenverkehrs im Saarland halten wir nicht für angebracht. Wir wollen im Gegenteil den Personen- und Güterverkehr im Saarland und mit unseren Nachbarregionen weiter verbessern.
Für folgende Maßnahmen werden wir uns besonders einsetzen:

- eine verstärkte Einbeziehung des Saarlandes in das Intercity-Netz, wobei insbesondere die Verbindungen in den west- und norddeutschen Raum zu verbessern sind,
- den Bau einer neuen Trasse Kaiserslautern-Ludwigshafen,
- die Elektrifizierung der Nahestrecke sowie des Streckenabschnitts Brebach-Saargemünd.

Ausbau der Großschiffahrtstraße Saar

Der Ausbau der Saar zu einer Großschiffahrtsstraße wird die Standortbedingungen für die Montanindustrie verbessern und ferner wertvolles Industrie- und Gewerbegelände entstehen lassen. Nicht zuletzt werden wir die Chance des Saarausbaus nutzen, die landschaftlichen Schönheiten des Saartals stärker zur Geltung zu bringen und wo nötig, neu zu gestalten. Wir halten an der Schiffbarmachung der Saar bis St. Arnual fest.

So werden wir Tausende von Arbeitsplätzen im Bereich der Stadt Saarbrücken sichern und die Möglichkeit für einen späteren Anschluß an das französische Wasserstraßennetz offenhalten.

Luftlinienverkehr soll erweitert werden

Mit der Einbeziehung des Saarlandes in den Luftlinienverkehr ist eine wichtige Standortvoraussetzung erfüllt. Dies war nur möglich durch die nicht geringe finanzielle Unterstützung der CDU-geführten Landesregierung. Wir wollen für die Zukunft darauf hinwirken, daß das Liniennetz weiter ausgebaut und die Flugzeiten günstiger gestaltet werden. Dabei sind besondere Anstrengungen zum Schutz der Bürger vor unzumutbarem Fluglärm zu unternehmen.

Verbesserter Öffentlicher Personennahverkehr

Das Angebot an öffentlichen Nahverkehrsleistungen entspricht nicht überall in unserem Land dem unterschiedlichen Bedarf. Um in den Spitzenzeiten den Personennahverkehr zu entlasten, die Umweltbelastungen zu verringern und nicht zuletzt Energie einzusparen, streben wir eine bessere Abstimmung der Fahrpläne auf die Arbeitszeiten an sowie eine bessere Abstimmung der Fahrpläne der Verkehrsgesellschaften untereinander.
Wir halten es für wichtig, daß sich das Saarland für die Entwicklung von Verkehrsverbundsystemen und neuen Technologien im öffentlichen Personennahverkehr einsetzt.
Das Bundesministerium für Verkehr und das Bundesministerium für Forschung und Technologie finanzieren in anderen Regionen oder Städten neue Technologien für Verkehrsanlagen. Dies wertet den jeweiligen Standort auf. Das Saarland sollte sich deshalb als Standort für Versuchsanlagen neuer Technologien im Öffentlichen Personennahverkehr bewerben.
Die Schienen Völklingen-Saarbrücken-Sulzbach-Neunkirchen und Saarbrücken-St. Ingbert-Homburg kommen für solche Versuchsanlagen in Betracht.
In den stärker verdichteten Teilen unseres Landes mangelt es an Rad- und Wanderwegen. Die CDU-Saar wird bei der Neugestaltung der Städte und beim Ausbau der saarländischen Verkehrswege verstärkt darauf achten, daß solche Wege gebaut werden. Der Ausbau der Saar bietet hierfür ausgezeichnete Möglichkeiten. Wir werden sie nutzen.

Schutz und Pflege der Umwelt verbessern die Lebensqualität

Komplizierte Zusammenhänge sollen durchschaubar werden

Der Schutz der natürlichen Umwelt ist eines der großen Anliegen unserer Zeit. Die Sicherung der langfristigen Lebensgrundlagen der Bevölkerung bedeutet für die CDU-Saar eine ganz besondere Verpflichtung.
Die CDU-Saar wird sich dafür einsetzen, daß die Bürger über Maßnahmen zur Luft- und Gewässerreinhaltung, zur Landschaftspflege und zur Lärmeindämmung sachliche Information erhalten. Die oft komplizierten Zusammenhänge von Ursachen und Wirkungen sollen durchschaubar und verständlich werden. Wir wollen beim Umweltschutz konsequent das Verursacherprinzip anwenden.

Die CDU-geführten Landesregierungen haben bereits erhebliche Anstrengungen zur Erhaltung unserer Umwelt unternommen, noch ehe »Umweltschutz« als Schlagwort die öffentliche Diskussion beherrschte. Die Ergebnisse im Saarland können sich sehen lassen und werden außerhalb der Landesgrenzen vielerorts als nachahmenswertes Beispiel vorgezeigt.
Die CDU-Saar begrüßt es, daß die Landesregierung alle für die Umwelt bedeutsamen Tatbestände im Saarland in einer »Umweltbilanz« zusammenfassen will. So lassen sich verbesserte Einsichten gewinnen in Art und Ausmaß der vorhandenen Belastungen und in die aus Gründen des Umweltschutzes gebotenen Gegenmaßnahmen.
Wir wollen die im Saarland vorhandenen Forschungsaktivitäten im Bereich des Umweltschutzes unterstützen und werden uns nachhaltig um weitere Forschungseinrichtungen für unser Land bemühen.

Ständige Verbesserung der Gewässer im Saarland

In der Wasserreinhaltung und der Wasserwirtschaft hat das Saarland unbestreitbare Erfolge aufzuweisen.
Der Zustand der saarländischen Gewässer hat sich in den letzten Jahren ständig und sichtbar verbessert. Wir werden den eingeschlagenen Weg systematisch weiter fortsetzen. Vorrangig muß dabei für die nächsten Jahre die Abwasserreinigung in den Räumen Saarbrücken, Völklingen und Neunkirchen betrieben werden. Gemäß dem »Sonderplan Abwasserbeseitigung« sind bislang 36 Kläranlagen gebaut worden, 6 Anlagen sind zur Zeit im Bau. Wir werden darauf drängen, daß möglichst bald die Städte und Gemeinden vollständig die erforderlichen Kanalanschlüsse zu den Kläranlagen einrichten.

Flußquellgebiete unter ständiger Beobachtung

Es müssen in Zukunft verstärkt auch Maßnahmen zum Schutz von Flußquellgebieten ergriffen werden.
Um die Ergebnisse der Gewässerreinhaltung überwachen zu können, sollten ständige Beobachtungsstellen eingerichtet werden, und zwar

- an der Blies oberhalb von Saargemünd,
- an der Saargrenze bei Saarhölzbach,
- an der Rossel bei Großrosseln.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Saar auch erheblich aus dem französischen Einzugsgebiet belastet wird. Der unerträgliche Belastungszustand der Rossel muß auch auf der französischen Seite bereinigt werden. Hier werden wir den Bund als Gesprächspartner Frankreichs in die Pflicht nehmen und weiterhin alles in unserer Macht stehende zu tun, um auch auf regionaler Ebene dafür Lösungen zu finden.

Zukunftsweisender Talsperrenbau

Der Bau der Talsperren im nördlichen Saarland ist beispielhaft für zukunftsweisende wasserwirtschaftliche Maßnahmen. Die Trinkwasserversorgung wird hierdurch verbessert, die Versorgungssicherheit der Industrie mit Kühl-und Brauchwasser erhöht. Zudem bieten die Stauseen in unserem Land ausgezeichnete Möglichkeit der Naherholung. Die CDU-Saar tritt für die Einrichtung weiterer Wasserflächen in unserem Land ein.
Ferner sollten besondere Biotope zur Landschaftspflege und zum Schutz für Pflanzen und Tiere erhalten und neue geschaffen werden.

Darüber hinaus werden wir verstärkt die natürliche Verwertung des Regenwassers in Angriff nehmen und die Abwärme im Abwasser nutzen.

Waldflächenverluste wieder ausgleichen

Das Saarland hat große, zusammenhängende Waldgebiete. Die Wirksamkeit des Waldes für den Naturhaushalt, für die Erhaltung des Landschaftsbildes und für die Erholung der Bevölkerung muß ungeschmälert bleiben. Die CDU-Saar unterstützt nachdrücklich das Vorhaben der Landesregierung, durch ein großzügiges Wiederbewaldungsprogramm einen Ausgleich für die Waldflächenverluste zu schaffen.
Infolge des engen Nebeneinander von Industrieballung und Waldflächen ist das Saarland besonders geeignet für bundesweit notwendige Studien zur Wirkung von Emmissionen auf Menschen, Tiere und Pflanzen.
Die Bepflanzung an Straßen und Plätzen und auf Ödflächen ist unbefriedigend. Wir wollen hier durch besondere Aktionen und Wettbewerbe gezielte Abhilfe schaffen. Dadurch verbessern wir nicht nur die Luftreinhaltung und die Staubbekämpfung, sondern verwirklichen auch praktisch den Gedanken der Landschaftspflege.

Den Müll verwerten

Den Ausbau zentraler Abfallbeseitigungsanlagen werden wir mit Nachdruck weiter betreiben.
Die wenigen noch bestehenden Übergangsdeponien sollen Zug um Zug im Vollzug des Abfallbeseitigungsplanes aufgehoben werden.
Wir wollen Verwertung und Wiedereinsatz von speziellen Abfall- und Reststoffen gezielt fördern und damit auch die Abfallmengen insgesamt verringern. Es handelt sich dabei insbesondere um die Wiederverwertung von Papier, Metallen, Glas, Kunststoffen, Holz und Altöl.

Wohnungspolitik den Bedürfnissen anpassen

Die Wohnungspolitik ist für die CDU Teil der Umweltpolitik. Das Saarland zeichnet sich durch eine gute Wohnungsversorgung aus. Der Anteil von Wohnungen in kinder- und familienfreundlichen Ein- und Zweifamilienhäusern ist höher als in anderen Bundesländern. Die CDU-Saar hat entscheidend zu dieser guten Wohnungsversorgung beigetragen. Von 1959 bis 1979 wurden unter erheblichem Einsatz öffentlicher Mittel 38 700 Wohnungen gefördert. Auch zukünftig wird es unser Ziel sein, die Wohnsituation für junge und kinderreiche Familien, für Behinderte und ältere Menschen zu verbessern. Dabei sind die besonderen Bedürfnisse dieser Gruppen und ihre persönliche Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen.
Unter anderem sind die Fehlbelegungen im sozialen Wohnungsbau abzubauen.
Die CDU-Saar tritt dafür ein, daß Baugrundstücke zu erschwinglichen Preisen angeboten werden und damit die private Eigentumsbildung im örtlichen Bereich für möglichst viele Bürger gefördert wird. Insbesondere bei der Vergabe von gemeindeeigenem Bauland sind kinderreiche, jüngere und sozial schwache Familien zu berücksichtigen.
Voraussetzung dafür ist, daß die Gemeinden in ausreichendem Umfang Bauland ausweisen. Mit Nachdruck werden wir uns für eine Vereinfachung des Baugenehmigungsverfahrens einsetzen. Die baurechtlichen Bestimmungen müssen für den Bauwilligen durchschaubar werden.

Wieder wohnliche Innenstädte

Die Wohnungssituation in unseren Innenstädten ist vielfach unerträglich geworden. Wir wollen aus unseren Zentren wieder wohnliche, menschliche Städte machen. Wir wollen die Menschen aus den Gestankschwaden und den Blechlawinen des Straßenverkehrs befreien. Städtebaupolitik und Stadterneuerung müssen sich stärker an den Bedürfnissen der Bürger ausrichten. Wir wollen dem Menschen in seiner Wohnung und seiner Wohnumwelt einen Bereich eigenständiger, persönlicher Gestaltung eröffnen. Schlafstädte, Trabantensiedlungen, Wohn-Gettos müssen der Vergangenheit angehören.

Wir wollen lebendige Nachbarschaften auch in der Stadt fördern und pflegen. Durch neue Entwicklungen im Personennahverkehr, durch großzügige Bepflanzung von Straßen und Plätzen, durch den Ausbau von Fuß- und Radwegen und Kinderspielplätzen wird das Leben auch in der Stadt wieder angenehm und attraktiv werden.
Die Stadterneuerung muß auf gewachsene Strukturen Rücksicht nehmen. Stadtsanierung heißt für uns nicht Altbauten hemmungslos abzureißen und durch neue Betonklötze zu ersetzen. Wir wollen die alte Bausubstanz nach Möglichkeit erhalten. Neubaumaßnahmen müssen sich in die Umwelt harmonisch eingliedern. So gewinnen wir auch eine neue Beziehung zu Geschichte und Kultur unseres Landes.

Bauvorhaben sind in die natürlichen Vorzüge der saarländisjchen Landschaft einzupassen. Wir werden darauf achten, daß unser schönes Land nicht zersiedelt wird. Insbesondere sind daher vorhandene Baulücken in erschlossenen Gebieten zu schließen.

Intakte Familien — Lebenszellen unserer Gemeinschaft

Bedeutung der Familie

Die Achtung vor dem Eigenleben und der Eigenverantwortung der Familie ist für die CDU ein unantastbares Prinzip der innerstaatlichen Ordnung. Familien sind die Lebenszellen menschlicher Gemeinschaft. Sie sind die natürliche Gemeinschaft, in der Kinder, Jugendliche, Erwachsene und ältere Menschen partnerschaftlich zusammenleben. In der gesunden Familie findet der einzelne Mensch Geborgenheit und den Rückhalt, die er als Kind für seine Entwicklung braucht und aus denen er als Erwachsener die Kraft für seine Leistungen im Beruf, in der Gesellschaft und im privaten Bereich schöpft. Die Familie braucht für ihr Wirken einen Freiraum, den der Staat schützen muß, in den er sich aber nicht einmischen darf. Schutz und Förderung der Familie sind ein Grundanliegen der CDU.

Förderung der Familien mit Kindern

Die Leistungen der Familie für den einzelnen Menschen sind durch keine Institution zu ersetzen. Familien mit Kindern, in denen sich ein Elternteil voll deren Pflege und Erziehung widmet, verdienen die besondere Anerkennung und Unterstützung des Staates, der freien gesellschaftlichen Träger und Gruppen sowie jedes einzelnen Bürgers.
Die Situation der Familien mit mehreren Kindern muß verbessert werden. Hier liegt auch ein entscheidender Ansatzpunkt für die Probleme der Bevölkerungsentwicklung.
Die CDU verteidigt das vorrangige Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder. Staatliche Erziehung soll nur dort eingreifen, wo die Eltern allein ihrer Erziehungsaufgabe nicht gerecht werden können.

Familienfreundlichkeit in allen politischen Bereichen

Familienfreundlichkeit will die CDU-Saar in allen politischen Bereichen durchsetzen. Im »Dritten Familienbericht« werden der Bundesregierung große Mängel und Versäumnisse in der Familienpolitik nachgewiesen.
Dieser Bericht kritisiert insbesondere die mangelnde Anerkennung der Leistungen der Familie für die Gesellschaft. Er fordert Hilfen zur Minderung der Konfliktsituation erwerbstätiger Mütter, zur sozialen Besserstellung der Hausfrau, zur Verbesserung der Gesamtlebenslage von Familien mit Kindern.
Eine Fülle von Maßnahmen zugunsten der Familien ist deshalb erforderlich:

- Eine Änderung der Steuergesetzgebung zugunsten kinderreicher Familien durch Einführung der Kinderfreibeträge wird von der CDU-Saar ebenso angestrebt wie die regelmäßige Anpassung des Kindergeldes und Wohngeldes an die Entwicklung der Preise und Einkommen.
- Die soziale Alterssicherung der Hausfrauen soll im Rahmen der Gleichbehandlung bei den Renten von Männern und Frauen ihre endgültige Regelung finden. Die CDU-Saar sieht in der Entscheidung für Familie und Haushalt eine ebenso verantwortungsvolle Aufgabe der Frau wie in der Berufstätigkeit.
- Ein Erziehungsgeld für nicht berufstätige Mütter oder Väter in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder fordert die CDU-Saar ebenso wie die Anrechnung der Erziehungsjahre in der Sozialversicherung. Der weitere Ausbau der 1974 vom Saarland als dem ersten Bundesland eingeführten Familiengründungsdarlehen gehört für die CDU-Saar ebenso zur Förderung der Familie wie die Gewährung von Geburtendarlehen.
- Die CDU-Saar strebt an, daß die Öffnungszeiten von Kindergärten und Kinderhorten den Bedürfnissen erwerbstätiger Eltern angepaßt werden. So sollte in Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen wenigstens in jeder Gemeinde ein Kindergarten auf diese Bedürfnisse eingestellt sein.
  Die CDU-Saar befürwortet Modellversuche zur Errichtung »deutsch-französischer Kindergärten.«
- Weitere Forderungen der CDU-Saar sind: Anpassung der Familienferienzuschüsse an die gestiegenen Kosten und eine bessere finanzielle Absicherung sowie eine intensive begleitende Beratung für Pflegeeltern-Verhältnisse.
- Partnerschaftliche Familienpolitik heißt auch Verständnis für alleinerziehende Väter oder Mütter und ihre schwierige Situation haben. Solidarität soll hier helfen, daß diese selbstverantwortlich ihre familiären Aufgaben erfüllen können. Dazu dienen: angemessene Wohnungen, ein ausreichendes Angebot sozialer Hilfen, Förderung von Teilzeit- und Heimarbeit sowie Abbau der steuerlichen Benachteiligung für alleinerziehende Elternteile.

Offensive für die Frau

Gleichberechtigung ist die Grundlage echter Partnerschaft in Familie, Beruf und im

öffentlichen Leben. Sie ist somit eine gesellschaftspolitische Frage von höchstem Stellenwert in unserer freiheitlich demokratischen Gesellschaft.
Über die familienpolitisch geforderten Maßnahmen hinaus strebt die CDU-Saar zur Verbesserung der Situation der Frau in unserer Gesellschaft an:

- Die Anerkennung der Hausfrauentätigkeit als Beruf durch eigenständige, soziale Sicherung. Die CDU-Saar sieht in der Entscheidung für Familie und Haushalt eine ebenso verantwortungsvolle Aufgabe der Frau wie in der Berufstätigkeit.
- Sie fordert den Abbau noch bestehender Benachteiligungen der Frau in der Arbeitswelt; dabei kommt dem Abbau inhumaner Arbeitsbedingungen eine besondere Bedeutung zu.
- Sie fordert die Tarifpartner auf, den Grundsatz »gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und gleiche Leistung« in der Arbeitswelt konsequent durchzusetzen.

Um den Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, fördert die CDU-Saar den Ausbau einer differenzierteren Berufsberatung, die Öffnung neuer Berufe, die familiengerechtere Gestaltung der Arbeitswelt, eine bessere Möglichkeit der Wiedereingliederung in das Berufsleben nach der Phase der Kindererziehung und vorallem ein verstärktes Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen.

Unabhängigkeit und Hilfe im Alter

Vorrang für offene Altenhilfe

Die CDU-Saar will, daß die älteren Bürger am kulturellen, gesellschaftlichen und geistigen Leben teilhaben können. Nach ihren Wünschen sollen sie so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben und Raum für eigene Aktivitäten haben. Daher räumt die CDU-Saar der offenen Altenhilfe weiter Vorrang ein, wobei den ambulanten pflegerischen Diensten besondere Bedeutung zukommt.

Unabhängigkeit im Alter

Materielle Unabhängigkeit im Alter setzt die Sicherheit der Einkommen voraus. Durch diese Unabhängikeit will die CDU-Saar die Teilnahme am sozialen Leben erleichtern und menschlicher Vereinsamung entgegenwirken. Einer rechtzeitigen und umfassenden Vorbereitung auf das Alter sollen neue Formen des gleitenden Übergangs vom Berufsleben in den Ruhestand dienen. Alte Menschen, die auf ein Heim angewiesen sind, müssen zwischen verschiedenen Möglichkeiten wählen können.
Deshalb sind nach Ansicht der CDU-Saar der Bau, die Modernisierung und die Unterhaltung von Altenpflegeheimen auch weiterhin zu fördern.
Die CDU will das Verständnis der Generationen untereinander fördern.

Soziale Gerechtigkeit — ein Gebot der Nächstenliebe

Ermutigung zur Eigenverantwortung

Für die CDU-Saar bedeutet soziale Gerechtigkeit, den Schwachen zu schützen, dem Benachteiligten zu helfen und auch dem aus eigenem Verschulden Notleidenden ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Die CDU will zur Eigenverantwortung ermutigen. Sie erinnert gleichzeitig an die soziale Verpflichtung der Menschen füreinander.
Beispielhaft für die Bereitschaft zur sozialen Verantwortung für den Mitmenschen sind die Leistungen der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege. Die CDU-Saar wird auch in

Zukunft dafür sorgen, daß die freien Träger Vorrang vor staatlichen Einrichtungen behalten.

Den Behinderten helfen

Ein besonderes Anliegen der CDU-Sozialpolitik ist es, die Behinderten gleichwertig in den Kreis ihrer Mitbürger einzugliedern. Die Frühbetreuung behinderter Kinder, qualifizierte Bildung, berufliche Aus- und Weiterbildung, angemessene Beschäftigungsmöglichkeiten zur Selbstbestätigung und eigenständigen finanziellen Sicherung sind dabei Schwerpunkte.
Für erforderlich hält die CDU-Saar flankierende Maßnahmen, die den Behinderten bei der Bewältigung seines Schicksals unterstützen, insbesondere im Straßenverkehr und im Wohnbereich. Die Aufnahme in Vollzeitheimen sollte möglichst auf ältere und Schwerst-Behinderte beschränkt sein.
Der Unterstützung der Betreuungsarbeit von Eltern und Angehörigen dient der weitere Ausbau der im Saarland bewährten Einrichtungen für Behinderte.

Hilfe für die Gefährdeten

Alkohol-, Drogen- und Medikamentensucht nehmen noch immer zu. Die Gefahr wächst, daß vor allem junge Menschen in Abhängigkeit geraten und damit ihre Gesundheit und Persönlichkeit zerstören. Der Sucht muß durch verstärkte Aufklärung über ihre Auswirkungen, durch die Aufdeckung der sozialen Ursachen der Beratungsdienste und der therapeutischen Einrichtungen sowie durch eine entschlossene Anwendung der Strafgesetze Einhalt geboten werden.
Die CDU-Saar nimmt sich auch in Zukunft der Obdachlosen an.
Den Haftentlassenen bietet sie Hilfen zur Überwindung ihrer besonderen sozialen Schwierigkeiten.

Sie gehören zu uns: Aussiedler, Flüchtlinge

Bei der Aufgabe, die deutschen Aussiedler aus den ost- und südosteuropäischen Ländern so rasch wie möglich wirtschaftlich und gesellschaftlich einzugliedern, müssen sich unsere soziale und nationale Verantwortung bewähren. Nötig sind Beratung, Sprachförderung, Hilfen bei Arbeitsplatzbeschaffung und Wohnungssuche, aber auch Information der Öffentlichkeit über die Probleme der neuen Mitbürger. Bei den Aussiedlern und ebenso bei den Flüchtlingen aus Vietnam und anderen Gebieten kann der Staat allein eine wirksame Eingliederung nicht erbringen, vielmehr sind freie Verbände und Organisationen und der einzelne Bürger zur Mitarbeit aufgerufen.

Ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien nicht alleinlassen

Es ist das Ziel der CDU-Saar, die soziale Gleichstellung der in unserem Lande lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien zu erreichen. Fremde Lebensverhältnisse und Sprachschwierigkeiten dürfen nicht dazu führen, daß sie auf Dauer eine isolierte Randgruppe bleiben. Staat und Gesellschaft müssen sich auch gegenüber diesen Mitbürgern ihrer Pflichten bewußt sein.
Insbesondere sollen die Gemeinden die in der saarländischen Gemeindeordnung (KSVG) vorgesehenen Mitwirkungsmöglichkeiten von Ausländern ausschöpfen.
Die CDU spricht sich für die weitere staatliche Förderung der Beratungs- und Betreuungsarbeit aus.
Ausländischen Kindern und Jugendlichen sollen Fördermaßnahmen die Chance ge-

ben, daß sie einen Schulabschluß und eine qualifizierte Berufsausbildung erreichen können, damit ihnen der Zugang in unsere Gesellschaft erleichtert wird.
Insbesondere den Kindern und den jugendlichen Ausländern muß geholfen werden. Sie müssen verstärkt in die Arbeit der öffentlichen Jugendhilfe, der Jugendverbände und -organisationen einbezogen werden.

Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit

Ein zeitgemäßes Gesundheitswesen soll nicht nur in der Bekämpfung von Krankheiten, sondern vor allem in der Erhaltung der Gesundheit unserer Menschen erfolgreich sein. Daher stehen für die CDU-Saar zunächst Gesundheitserziehung und Gesundheitsvorsorge im Vordergrund. Durch gesundheitsbewußte Lebensführung und die selbstverantwortliche Inanspruchnahme von Vorsorgemaßnahmen kann der einzelne Bürger Krankheiten vorbeugen.
Vorsorgemaßnahmen sollen aufgrund neuer medizinischer Erkenntnisse erweitert werden.
Die Erfordernisse der Medizien und der sozialen Gerechtigkeit müssen Vorrang haben. Gleichwohl schließen sich Wirtschaftlichkeit in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung und hohe Qualität der Leistungen nicht gegenseitig aus. Die Interessen der Bürger sind dann am besten und dauerhaft gewahrt, wenn alle am Gesundheitswesen Beteiligten ihr Handeln auch an ökonomischen Gesichtspunkten ausrichten.

Leistungsfähige Krankenhäuser

Die CDU-Saar fordert zumutbare Entfernungen zu den Arztpraxen, Krankenhäusern und Sozialstationen. Notwendig ist dabei eine flächendeckende Betreuung der Bevölkerung. Jeder Bürger, für den eine Krankenhausbehandlung notwendig ist, hat unabhängig von seinem Einkommen und seiner sozialen Stellung Anspruch auf Aufnahme in ein leistungsfähiges Krankenhaus.
Ein ausgewogenes System leistungsfähiger Krankenhäuser unterschiedlicher Größenordnung sowie die kontinuierliche Fortführung der Neu-, Um- und Ersatzbauten zur weiteren Sicherstellung und Verbesserung der Krankenhausversorgung bedeuten Anpassung an den medizinischen und technischen Fortschritt.
Die CDU-Saar lehnt auch Tendenzen zu einer Einheitsversicherung auf dem Gebiet der Kranken- und Rentenversicherung ab.
Psychisch Kranken kann heute erfolgreicher und besser geholfen werden, als noch vor wenigen Jahren für möglich gehalten wurde. Bestehende rechtliche, finanzielle und soziale Benachteiligungen der psychisch Kranken sollten beseitigt werden, um ihrer Gleichstellung mit körperlich Kranken näherzukommen.

Mitmenschliche Hilfe: Sozialstationen

Auf Initiative der CDU-Saar wurde am 1.9.74 mit dem Aufbau der Sozialstationen begonnen. Inzwischen sind 14 Sozialstationen in Betrieb. Dabei handelt es sich um die Bündelung ambulanter, gesundheits- und sozialpflegerischer Dienste in partnerschaftlicher Zusammenarbeit von Land, Kommunalen Gebietskörperschaften, freien Trägern und vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern.
Dazu gehört ein enges Zusammenwirken mit den niedergelassenen Ärzten, den Krankenhäusern, Alteneinrichtungen, Ausbildungsstätten und Behörden. Ziel ist, allen Bürgern die Dienste der Sozialstationen zur Verfügung zu stellen.

Wirksame Gefahrenabwehr und Rettung

Die Verbesserung des Rettungswesens und des Katastrophenschutzes bleibt nach Meinung der CDU-Saar eine ständige Aufgabe.
Ebenfalls von großer Bedeutung sind Brandschutz und technische Hilfen. Ohne den Einsatz der freiwilligen und ehrenamtlichen Helfer wären die Aufgaben, die heute dem Staat und den Kommunen in diesem Bereich gestellt sind, nicht zu erfüllen. Es ist deshalb die Pflicht des Staates, die Männer und Frauen, die ihre Freizeit für unentgeltliche Hilfe zur Verfügung stellen, so auszurüsten, daß sie ihre Tätigkeit wirkungsvoll und möglichst ohne Gefahr für ihre Gesundheit und ihr Leben ausüben können.
Auch streben wir einem verstärkten und besseren zivilen Bevölkerungsschutz an.

Unserer Jugend gehört die Zukunft

Grundsätze der Jugendpolitik

Die Jugendpolitik der CDU hat zum Ziel, jungen Menschen die Entfaltung ihrer Anlagen zu ermöglichen, ihre eigenständige Entwicklung zu fördern, Störungen in dieser Entwicklung zu vermeiden oder gegebenenfalls zu beseitigen.
Politik für und mit der Jugend unseres Landes hat auszugehen von den Grundsätzen der Chancengerechtigkeit, der Selbstverantwortung, der Hilfe zur Selbsthilfe und der rechtzeitigen Einbeziehung der Jugend in die staatlichen und gesellschaftlichen Rechte und Pflichten.
Die Jugendpolitik der CDU hat den kritischen, engagierten und verantwortlich handelnden Bürger zum Ziel.
Sie soll soziale Benachteiligungen ausgleichen und die Selbstbestimmung junger Menschen fördern. Sie soll die Entwicklung der jungen Menschen, die vor allem durch Familie und Schule geprägt ist, ergänzend fördern.
Viele Jugendliche haben Sorgen um ihre Ausbildung und berufliche Zukunft. Viele sind mutlos und ohne Hoffnung. Hiermit einhergehend schwindet die Bereitschaft, die Gestaltung des Lebens verantwortlich in die eigenen Hände zu nehmen. Die Jugendpolitik muß dazu beitragen, Verdrossenheit und Distanz gegenüber unserem Staat und unserer Gesellschaftsordnung zu überwinden.
Die CDU sucht die partnerschaftliche Diskussion mit der Jugend. Sie ist bereit, sich des bedrängenden Problems anzunehmen und mit der jungen Generation in einen ständigen Dialog zu treten. Dazu gehören auch die die Jugend bewegende Themen wie Sinn und Inhalte des Lebens sowie die Gestaltung der Zukunft. Diese Themen werden von der CDU ernst genommen. Die CDU bietet der jungen Generation an, mit ihr gemeinsam Antworten auf diese Fragen zu suchen und zu finden.
Die Jugendpolitik der CDU setzt sich für die in einer offenen und freiheitlichen Gesellschaft notwendige Vielfalt von Trägern und Angeboten ein. Sie gibt indessen der freien Jugendhilfe Vorrang vor der staatlich verordneten und gelenkten Jugendhilfe. Freie Jugendhilfe braucht die staatliche Förderung ohne behördliche Gängelung.

Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Von der in den vergangenen Jahren aufgetretenen und noch anhaltenden Beschäftigungskrise sind insbesondere Jugendliche betroffen. Dem Abbau der Jugendarbeitslosigkeit muß Vorrang eingeräumt werden, um die Zukunftschancen der jungen Generation zu sichern. Viele junge Menschen benötigen Hilfen und Angebote

zur Bewältigung ihrer Probleme, vor allem Absolventen der Sonderschulen, Hauptschulabgänger ohne Abschluß, jugendliche Ausländer, behinderte Jugendliche sowie Straffällige.
Die CDU-Saar sieht in der weiteren Verbesserung der Wirtschaftsstruktur unseres Landes den wichtigsten Beitrag zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit. Darüber hinaus wird sie weiterhin der Jugendarbeitslosigkeit auch dadurch begegnen, daß sie auf ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen hinwirkt.
Da eine solide berufliche Ausbildung die Vermittlung eines qualifizierten Arbeitsplatzes erleichtert, hat die CDU-Saar entsprechende Maßnahmen schon seit Jahren in der Regierungsverantwortung durchgesetzt.
Das Saarland hat bereits im Jahre 1976 ein Programm zur Förderung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen beschlossen. Unter Einsatz nicht unerheblicher Haushaltsmittel wurden so 1977 rund 850 zusätzliche Ausbildungsplätze gefördert. 1978 lag die Zahl bei 2.300, 1979 bei mehr als 4.000 geförderten Ausbildungsplätzen.
In enger Zusammenarbeit mit dem Landesausschuß für Berufsbildung soll das Ausbildungsplatzprämienprogramm weiterentwickelt und die Ausbildungsplatzsituation weiter verbessert werden. Die CDU-Saar ist davon überzeugt, daß die Ausbildung im dualen System von Betrieb und Berufsschule am ehesten ein hohes Niveau der beruflichen Ausbildung sichert.
Die CDU-Saar strebt gleiche Ausbildungschancen für Mädchen an. Sie legt besonderes Gewicht auf die Unterstützung von Mädchenausbildungsverhältnissen in gewerblich-technischen und handwerklichen Ausbildungsgängen. Sie regt deshalb die Durchführung von weiteren Pilotprojekten in diesem Bereich an.

Außerschulische Jugendarbeit

Die außerschulische Jugendarbeit bildet einen weiteren Schwerpunkt in der Jugendpolitik der CDU. Durch die außerschulische Jugendarbeit sollen Jugendliche in die Lage versetzt werden, ihre persönlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen selbst zu erkennen, sich freiwillig in Gruppen und Verbänden zusammenzuschließen, sich für Angebote, Ziele und Programme selbst zu entscheiden; Kinder und Jugendliche sollen soziales Lernen und Übernahme von Verantwortung erfahren und an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens mitwirken.
Die Träger der außerschulischen Jugendarbeit haben die Aufgabe, den Teilnehmern ihrer Veranstaltungen die Aneignung von Kenntnissen und Fertigkeiten für Leben, Berufswelt und gesellschaftliche Tätigkeit zu vermitteln. Sie sollen durch ihre Programme und Veranstaltungen mit dazu beitragen, soziale Benachteiligungen einzelner oder ganzer Gruppen junger Menschen zu überwinden, um ihnen dadurch gleiche Entwicklungs- und Entfaltungschancen zu gewährleisten.
Seit dem Jahre 1978 ist das Gesetz zur Förderung der außerschulischen Jugendarbeit in Kraft, welches den anerkannten freien Trägern der Jugendhilfe einen Rechtsanspruch auf staatliche Förderung einräumt.
Auch in der Zukunft wird es darum gehen, die freien Träger der außerschulischen Jugendarbeit, vornehmlich die Jugendverbände, in die Lage zu versetzen, ihre umfassenden Aktivitäten zu verstärken. Angesprochen sind nicht nur materielle, sondern auch ideelle und personelle Hilfen.
Unter Mitwirkung der freien Jugendverbände und anderer Einrichtungen wird die CDU-Saar eine umfassende Jugendhilfeplanung für das kommende Jahrzehnt vornehmen,

wobei der Gedanke der Subsidiarität ausreichend zum Tragen kommen muß.

Offene Jugendarbeit wird gefördert

Einer besonderen Förderung bedarf die offene Jugendarbeit, insbesondere in Jugendzentren und Jugendfreizeitstätten. Nach Auffassung der CDU geht es darum, die vielen Modellmaßnahmen der Vergangenheit zu analysieren, um allgemeingültige Aussagen im Bereich der offenen Jugendarbeit treffen zu können.
Die CDU-Saar ist bestrebt, den Jugendlichen sowie den ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern Mitwirkungs- und Mitverantwortungsmöglichkeiten bei der Planung und Gestaltung der Jugendarbeit einzuräumen.

Entfaltung der Persönlichkeit — Bildung, Kunst, Kultur, Sport

Grundüberzeugungen

Personale Selbstverwirklichung des Menschen in sozialer Verantwortung ist das bildungspolitische Ziel der CDU-Saar. Deshalb wird die Bildungspolitik auch in Zukunft davon ausgehen, daß

- die Schule getragen sein muß von gegenseitigem Vertrauen zwischen Eltern, Lehrern und Schülern, sowie den für das Schulwesen verantwortlichen Behörden
- die Schule den Schüler zu selbständiger Urteilskraft erziehen muß, wobei die Bildungs- und Erziehungsziele von den Werten und Normen unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung bestimmt sein müssen, wie sie im Grundgesetz und der Landesverfassung niedergelegt sind
- die Schulen dem sozialstaatlichen Gebot der Chancengerechtigkeit entsprechen, also jedem ein Bildungsangebot eröffnen muß, das seiner persönlichen Begabung, Fähigkeit und Neigung entspricht.

Das gegliederte Schulwesen hat sich bewährt

Das gegliederte Schulwesen bietet die besten Möglichkeiten, den Einzelnen — unabhängig von seiner sozialen Herkunft — zu fördern.
Es hat sich in allen seinen Schulformen bereits in der Vergangenheit als leistungs- und ausbaufähig erwiesen, so daß in ihm jeder seinen Weg gehen kann, aber nicht alle den gleichen Weg gehen müssen.
In den nächsten Jahren wird die inhaltliche Fortentwicklung der Schulen im Vordergrund stehen. Die CDU-Saar wird dabei u.a. folgende Schwerpunkte setzen:

- die Hauptschule soll neue praxisbezogene und berufsorientierende Bildungsgänge erhalten, wie sie derzeit in den Schulregionen St. Wendel und Neunkirchen erprobt werden und dadurch ihr eigenes Profil verstärken.
- Da das gegliederte Schulwesen den Schülern die Möglichkeit eröffnet, unterschiedliche Fähigkeiten zu erproben, sollen die Jahrgangsstufen 5 und 6 im Hinblick auf den beabsichtigten Bildungsweg des Schülers der besonderen Beobachtung, Förderung und begabungsgerechter Orientierung dienen.
- Zur Förderung der Durchlässigkeit zwischen den Schulformen und zur Gewährleistung eines breitgefächerten Bildungsangebotes ist eine enge pädagogische Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Schulformen und benachbarten Schulen anzustreben.

- Die Lehrpläne sind unter dem Gesichtspunkt zu überprüfen, wie stoffliche Überfrachtung abgebaut und dadurch ein größerer pädagogischer Freiraum gewonnen werden kann. Vor allem muß der Lehrer wieder mehr Zeit für Übung und Anwendung des Stoffes, wie auch für die Zuwendung zum einzelnen Schüler erhalten.
- Um Eltern und Schülern einen Überblick über die Vielfalt der Bildungswege zu ermöglichen, ist auf eine entsprechende beratende Tätigkeit des Lehrers hinzuwirken.

Daneben muß eine rechtzeitige Zusammenarbeit zwischen Schule und Beruf bzw. Studienberatungen gewährleistet sein.

Die CDU-Saar hält an dem stufenweisen Ausbau der Lernmittelfreiheit fest und wird auf eine strenge Handhabung bei der Einführung von Schulbüchern achten.
Daneben wird die CDU-Saar auf eine Verbesserung des baulichen Zustands und der Sachausstattung der landeseigenen Schulen hinwirken.
In den nächsten Jahren wird sich die Zahl der Schüler im Saarland wesentlich verringern. Diese Entwicklung darf nicht Anlaß zu einer Welle von Schulschließungen sein. Die CDU-Saar wird dafür Sorge tragen, daß auch kleinere Schulen so lange beibehalten werden, wie es unter pädagogischen und finanziellen Gesichtspunkten vertretbar ist. Dies gilt insbesondere für die Grund- und Hauptschulen. Die Schüler sollen nicht ohne Not über weite Entfernungen transportiert werden müssen. Dort, wo Schülerbeförderungen unvermeidlich sind, wird sich die CDU-Saar für gute Beförderungsbedingungen und ausreichende Beaufsichtigung einsetzen.

Weniger Schüler — bessere Förderung des einzelnen

Durch die Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstellen konnte in den letzten Jahren die Klassenstärke in den meisten Schulen bereits wesentlich verringert werden. Die anhaltend rückläufige Schülerzahl wird eine weitere Verbesserung der Klassenfrequenz zur Folge haben. Damit eröffnet sich zugleich die Möglichkeit, besondere Förderungsschwerpunkte zu setzen. Dazu gehören insbesondere:

- die verstärkte Förderung lernschwächerer Schüler in kleinen Gruppen, insbesondere in der Grundschule
- die Erweiterung des Angebots von Neigungs- und Interessengruppen
- der Ausbau der Förderungsmaßnahmen für ausländische Kinder.

Zur Fortentwiclung des Schulwesens werden auch in Zukunft Schulversuche unentbehrlich sein. Jeder Versuch hat sich jedoch an der Verantwortung für die kontinuierliche Förderung der Schüler zu orientieren; er ist also nur dann gerechtfertigt, wenn er nach sorgfältiger Vorbereitung eine Verbesserung des Bildungsangebots erwarten läßt.
Unter diesem Gesichtspunkt begrüßt die CDU-Saar auch den beabsichtigten Modellversuch mit einem ganztägigen Schulangebot. Die CDU-Saar beobachtet aufmerksam und sorgfältig die Versuche mit zwei integrierten Gesamtschulen im Saarland.
Sie hält es für notwendig, daß deren Abschlüsse denen des gegliederten Schulwesens vergleichbar sind und zwischen den Ländern über die gegenseitige Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen möglichst bald Einigkeit erreicht wird.
Die bisher gewonnenen Versuchsergebnisse reichen nicht aus, um die Forderungen nach Einführung der integrierten Gesamtschule als eine Regelschule zu rechtfertigen.

Die beruflichen Schulen im Saarland haben ein beispielhaft hohes Niveau erreicht. Sie bieten die günstige Voraussetzung, auch in Zukunft im Rahmen des dualen Systems — Ausbildung in Schule und Betrieb — den jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung zu gewährleisten.

Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung

In der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung sowie in der Sicherung eines ausreichenden Angebots an qualifizierten Ausbildungsplätzen sieht die CDU Saar eine ständige Aufgabe. Sie hält deshalb für erforderlich daß:

- ein differenziertes Angebot in den beruflichen Vollzeitschulen, besonders in den mehrjährigen Berufsschulen, bereitgehalten wird,
- Unterricht in Teilzeitberufsschulen in Abstimmung mit der Wirtschaft schrittweise auf bis zu 12 Wochenstunden ausgeweitet wird,
- die schrittweise Einführung des kooperativen oder schulischen Berufsgrundbildungsjahres als erstes Jahr der beruflichen Ausbildung fortgesetzt wird,
- Überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen — die die betriebliche Ausbildungsqualität verbessern bzw. ergänzen — in Abstimmung mit den Trägern gefördert werden,
- leistungsschwächere Jugendliche nach ihrer Schulentlassung vor allem durch ein Berufsvorbereitungsjahr eine gute Grundlage für den Eintritt ins Berufsleben erhalten.

Die CDU-Saar lehnt die Einführung eines 10. Pflichtschuljahres an der Hauptschule ab, weil es dem praktische orientierten Lern- und Leistungswillen dieser Schüler nicht entspricht.

Die Zahl der Studenten wird voraussichtlich in den kommenden Jahren noch weiter ansteigen. Die CDU-Saar wird dafür Sorge tragen, daß auch dann die Universität ihre Aufgaben in der Lehre erfüllen kann. Sie hält eine Studienreform nach wie vor für unerläßlich, befürwortet jedoch den Wegfall der Zwangsexmatrikulation in Verbindung mit der Regelstudienzeit. Die CDU-Saar wird auch die Forschung im saarländischen Hochschulwesen nachhaltig unterstützen, zumal zur Lösung der Zukunftsprobleme unserer Gesellschaft und unseres Landes die Hilfe der Wissenschaft und Forschung benötigt wird.
Ein besonderes Anliegen der CDU-Saar ist der weitere Ausbau der Fachhochschule mit der gleichzeitigen Einrichtung neuer Studiengänge, zumal für die Fachhochschulabsolventen infolge des bisher ständig steigenden Bedarfs vergleichsweise günstige Berufschancen bestehen.

Pflege und Erhaltung des kulturellen Erbes — Förderung der Kunst

Die CDU-Saar sieht in der Musikhochschule ein Zentrum von großer künstlerischer Ausstrahlungskraft. Die dort wirkenden Lehrer und Künstler sowie die Studenten tragen den Ruf der Musikhochschule weit über die Grenzen unseres Landes und verdienen ungeschmälerte Förderung.
Die-CDU Saar sieht in der Weiterbildung einen bedeutsamen eigenen Bereich des Bildungswesens. Sie begrüßt die mannigfachen Initiativen der Träger dieser Bildungseinrichtungen, die sie nach besten Kräften unterstützen wird.

Die CDU-Saar will möglichst viele Bürger an Kunst und Kultur heranführen und sie anregen, sich auch aktiv an unserem kulturellen Leben zu beteiligen. Um bereits die jungen Menschen mit der Kunst und Kultur vertraut zu machen, wird sie pädagogische Dienste bei wichtigen kulturellen Einrichtungen wie Theatern und Museen erweitern und deren Zusammenarbeit mit den Schulen verstärken.

Die CDU-Saar ist sich der Bedeutung der Künstler im Hinblick auf die Mitgestaltung des Lebens in unserem Lande bewußt. Sie will die Kunst und den künstlerischen Nachwuchs unterstützen und durch Bereitstellung finanzieller Mittel deren Entwicklung fördern. Die CDU-Saar wird sich auch weiterhin für eine Verbesserung der sozialen Situation der Künstler einsetzen und die Begegnung zwischen Künstlern und Bürgern fördern.

Die CDU-Saar wird schließlich alles daran setzen, die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz so auszustatten, daß sie ihrer Aufgabe zur Bewahrung unseres kulturellen Erbes und zur Ausdehnung moderner Museumstätigkeit voll gerecht werden kann.

Das vielfältige und anspruchsvolle Angebot von Staats- und Landestheater, das reichhaltige Angebot unserer Bibliotheken, die Restauration und Erhaltung vieler historischer Bauten und Denkmäler bedürfen auch in der Zukunft der tatkräftigen Unterstützung.

Unsere kulturellen Vereine leisten eine vorbildliche und wertvolle Kulturarbeit in den Städten und Gemeinden unseres Landes. Dieses kulturelle Schaffen findet die volle Anerkennung und Unterstützung der CDU-Saar, und sie wird die Förderung der Vereine auch in Zukunft sicherstellen.
Gleiches gilt für die Musikschulen, von denen wichtige Impulse für die musische Bildung in unserem Land ausgehen.

Förderung des Sports

Für die Bildung der Persönlichkeit, die Erhaltung der Gesundheit und die Pflege von Gemeinschaftsbewußtsein hat der Sport eine hervorragende Bedeutung. Das Saarland verfügt über ein vorbildliches Netz an Sportstätten und Sporthallen und bietet somit allen Bürgern bestmögliche Voraussetzungen für eine ihren Neigungen entsprechende sportliche Betätigung.

Für die Zukunft sieht die CDU-Saar in der Förderung des Sports folgende Schwerpunkte:

- Die dritte Sportstunde ist in allen allgemeinbildenden Schulen zu verwirklichen; die Situation des Sports in den beruflichen Schulen soll entscheidend verbessert werden.
- Die speziellen Förderprogramme für Kinder im Vorschulalter, für bewegungsgehemmte Förderprogramme für Kinder im Vorschulalter, für bewegungsgehemmte und für haltungsschwache Kinder, sowie für behinderte Schüler sind weiterzuentwickeln.
- Die Sportvereine sollen sich auch künftig frei entfalten und müssen jene finanzielle Förderung erfahren, die sie bei der Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben im Dienste unserer Bevölkerung benötigen.

Saarland — weltoffenes Land im Herzen Europas

Zusammenarbeit und Partnerschaft

Nach den Wirren der vergangenen Jahrzehnte und Jahrhunderte, in denen das Land an der Saar im Streit zweier großer Völker immer wieder schwer zu leiden hatte, waren die Freundschaft und Partnerschaft mit unserem Nachbarn Frankreich und die Einigung Europas stets ein wichtiges Anliegen der CDU-Saar.
Die CDU-geführten Landesregierungen haben von Anfang an ihren Beitrag zur engen Zusammenarbeit zwischen dem Saarland, Lothringen und Luxemburg geleistet.
Einrichtungen wie die gemeinsame Regionalkommission Saar-Lor-Lux, das französische Institut an der Universität des Saarlandes, das deutsch-französische Gymnasium oder der deutsch-französische Garten in Saarbrücken sind Beispiele für konkrete Maßnahmen zum Ausbau der Zusammenarbeit und Partnerschaft.
Auf den Gebieten der Staatsverwaltung, der Industrie, des Umweltschutzes, des Gewerkschafts- und Parteienlebens wurde ein immer engeres Netz guter Beziehungen und gemeinsamen Handelns im Saar-Lor-Lux-Raum geknüpft.

Die grenzüberschreitende Abstimmung bedeutsamer regionaler Entwicklungen bzw. Entwicklungspläne soll aktiv weiterverfolgt werden.
Diese Verständigung mit unseren Nachbarn im Westen wurde von der CDU-Saar ebenso gefördert wie die Aussöhnung mit den Nachbarn Deutschlands im Osten.

Politik der guten Nachbarschaft

Vielfältige Kontakte mit dem Ausland, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Frankreich und Luxemburg, kooperative Haltung im Bundesrat und laufende partnerschaftliche Abstimmung mit unseren Nachbarn in Rheinland-Pfalz kennzeichnen die offene und auf Gemeinsamkeit gerichtete Politik der CDU-Saar in der Regierungsverantwortung.
Die konstruktive und sachbezogene Politik hat der CDU-geführten Landesregierung immer wieder Anerkennung und Lob im In- und Ausland eingebracht.
Auch in den kommenden Jahren wird die CDU-Saar ihre Politik der guten Nachbarschaft und partnerschaftlichen Zusammenarbeit zielstrebig fortsetzen.
Ein besonders geeignetes Mittel sieht sie in der Förderung menschlicher Begegnungen über die Grenzen hinweg.

Zu dieser Partnerschaft gehört auch die Bereitschaft, die Freiheit der westlichen Demokratien gemeinsam zu verteidigen.

Wir können mit Vertrauen in die Zukunft sehen

Die CDU-geführten Landesregierungen haben das Saarland nach seiner Rückgliederung zu einem geachteten Mitglied der Ländergemeinschaft in der Bundesrepublik gemacht. Unser Land genießt heute Anerkennung und Ansehen weit über seine Grenzen hinaus.

Jahrhundertelang war die Region an der Saar Kampffeld widerstreitender herrschaftlicher oder nationaler Interessen. Im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte hat das Bewußtsein des gleichen politischen Schicksals und des gemeinsamen Erfolgs die Bevölkerung unseres Landes zu einer neuen Gemeinschaft zusammengführt. Fleiß und Tüchtigkeit der Saarländer waren die entscheidenden Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklung, auf die wir alle stolz sein können.

Die geschichtlich bedingte Verkehrsisolierung des Saarlandes ist weitgehend beseitigt.

Die einseitige und zum Teil veraltete Wirtschaftsstruktur aus Kohle und Stahl ist in eine breit gefächerte moderne Industriestruktur mit einem größeren Angebot an hochwertigen Arbeitsplätzen umgewandelt worden.

Durch den Ausbau der Infrastruktur sind die Wettbewerbssituation unseres Landes verstärkt und die Lebensverhältnisse seiner Bürger verbessert worden.

Die Ausstattung des Landes mit Versorgungseinrichtungen aller Art, mit Krankenhäusern, Schulen, Sport- und Freizeitanlagen kann bundesweit als vorbildlich angesehen werden. Das kulturelle Leben und die sozialen Dienste in den Städten und Gemeinden sind von bemerkenswerter Vielfalt. Das wirtschaftliche und kulturelle Gefälle zwischen Stadt und Landgemeinden ist weitestgehend abgebaut.

Auf der Grundlage der Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich, der engen Zusammenarbeit im Saar-Lor-Lux-Raum, der Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn haben die Politik und das Leben in unserem Land eine unverwechselbare europäische Ausrichtung erfahren.

Die konsequente Politik der Mitte, die sich an den Interessen des Landes und den gesamtstaatlichen Notwendigkeiten der Bundesrepublik ausrichtet, hat unser Land weithin als Modell des vernünftigen Ausgleichs bekannt gemacht.

Die Zeit steht nicht still. Jetzt gilt es, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Die von Ministerpräsident Werner Zeyer geführte Landesregierung hat sich ein Programm vorgenommen, das langfristig angelegt ist — z.B. Kohleveredelung, Neuordnung der Stahlindustrie, Abbau der Arbeitslosigkeit, Ausbau der Fachhochschule, Sammlung und Pflege des saarländischen Kulturgutes.

Die CDU-Saar hat die geistige und moralische Autorität, um die Zukunftsaufgaben unseres Landes zu meistern. Sie ist die Partei der Mitte. Nur bei ihr verbinden sich die Grundströmungen des christlichen, des sozialen, des liberalen Gedankengutes zu einer harmonischen und zukunftsorientierten Politik. Sie unterscheidet sich darin ganz besonders von allen sozialistischen Ideologien.

Wir vertrauen darauf, daß die Bevölkerung auch für die 80er Jahre den Auftrag zur politischen Führung in unserem Lande der CDU anvertrauen wird. So werden wir die erfolgreiche Arbeit der Vergangenheit fortsetzen und das Programm, das wir uns vorgenommen haben, durchführen können.

Wir haben die Mannschaft, um es zu verwirklichen!

Herausgeber: CDU-Saar, Landesgeschäftsstelle, Stengelstraße 5, 6600 Saarbrücken